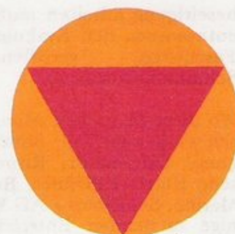
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

9/86

Im Jahr des Friedens Unrecht aus dem zweiten Weltkrieg beseitigen!

Veranstaltung zum Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

OSTERHOLZER FRIEDHOF

14. September 1986

10⁰⁰ Uhr (Haupteingang)

Es spricht u.a.:

Dr. Hartmut Müller, Leiter des Staatsarchivs Bremen

IM JAHR DES FRIEDENS : ENDLICH UNRECHT AUS DEM ZWEITEN WELTKRIEG BESEITIGEN !

Das Problem der moralischen Wiedergutmachung und der materiellen Entschädigung für die Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft ist 40 Jahre nach der Befreiung von Krieg und Faschismus immer noch nicht gelöst.

Die Körber–Stiftung beschreibt, daß über 10 Millionen Europäer Deutschland kennengelernt haben, indem sie hier Sklavenarbeit verrichten mußten. Betroffen waren davon vor allem polnische und sowjetische Bürger.

So mußten Deutsche, Ausländer, KZ–Häftlinge, Kriegsgefangene, Zwangsverschleppte oder Verfolgte aus rassischen, religiösen oder anderen Gründen Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie leisten. Den größten Anteil der durch dieses organisierte Verbrechen erwirtschafteten Gewinne in Milliardenhöhe haben industrielle Großunternehmen gemeinsam mit ihren Banken kassiert. Ausbeutung bis zum Tode – Vernichtung durch Arbeit, unter dieser Devise wurden die Zwangsarbeiter einem Tod im organisierten Arbeitsprozeß zugeführt. Die 'Verwertung' der Arbeitskraft durch die Rüstungsindustrie bezeichnet das Nürnberger Militärtribunal als das "vielleicht schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte". (IMT, Band II, S. 165)

Im Mai dieses Jahres hat sich in der BRD eine 'Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS–Regime' gegründet. Hier kämpfen Kameradinnen und Kameraden um die Erfüllung ihrer moralischen und materiellen Ansprüche. Dafür fordern sie die ihnen vorenthaltenen Lohnzahlungen von den Unternehmern und die öffentliche Erklärung des BDI, daß Zwangsarbeit ein Verbrechen war.

Allein in Bremen und umzu gab es im Februar 44 136 Lager, wo u.a. Kriegsgefangene, KZ–Häftlinge, Zwangsverschleppte inhaftiert waren. Zusammen mit den Gefangenen der KZ–Außenlager Neuengamme waren es 27.669 Männer und 7.206 Frauen, die dort lebten und in Rüstungsbetrieben oder bei der Trümmer-

In Bremen selbst gab es eine ganze Reihe Lager für Zwangsarbeiter, politisch und rassisch Verfolgte. Es gab KZ- und Zuchthausnebenlager sowie Lager für Zwangsarbeiter:

Die in den Lagern Umgekommenen und Erfaßten sind auf dem Friedhof Osterholz beigesetzt. Im Ehrenfeld NN ruhen 57 unbekannte und 813 namentlich erfaßte Tote.

UdSSR	423	Italien	9
Polen	207	Griechenland	1
Holland	51	England	1
Jugoslawien	10	Finnland	1
Frankreich	54	CSSR	3
Belgien	52	Irland	1

Im KZ Ehrenhügel auf dem Osterholzer Friedhof ruhen:

UdSSR	227	CSSR	3
Polen	51	Griechenland	2
Holland	11	Italien	1
Jugoslawien	2	Ungarn	39
Frankreich	55	Deutsche	29
Belgien	39	Rumänien	15
unbekannt	89		

Im Ehrenhügel sind außerdem die Toten beigesetzt, die das Gartenbauamt aus dem aufgefundenen Massengräbern bei Farge umgebettet hat. ④

Merkblatt über den Umgang mit Kriegsgefangenen und „Fremdvölkischen" ②

Deutsche!

Wahrt inneren und äusseren Abstand von den Fremdvölkischen.

*

Wer Kriegsgefangene wie Deutsche behandelt, wird zum Verräter am deutschen Volke. — Feind bleibt Feind! —

*

Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen aller Länder, mit Polen und Ostarbeitern zu sprechen.

*

Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern an einem Tisch zu essen.

*

Wer seine Ehre nicht wahrt, und sich mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern einläßt, wird mit Zuchthaus bestraft.

*

Wer Kriegsgefangenen bei der Flucht behilflich ist, oder ihnen Fluchthilfsmittel verschafft Werkzeuge, Zivilkleidung, Landkarten usw. wird mit Zuchthaus bestraft.

*

Jede deutsche Frau ist es den Frontsoldaten gegenüber schuldig, daß sie Abstand von den Fremdvölkischen hält. Die Deutsche Frau muß auch zur Wahrung ihrer Ehre jeden falschen Schein vermeiden.

*

Bleibe dir jederzeit dieser Verantwortung bewußt!

beseitigung arbeiten mußten (alle Zahlen entnommen den Evakuierungsplänen der Faschisten, veröffentlicht durch Schminck-Gustavus).

Wo diese Menschen arbeiten mußten, wissen wir ja zum Teil: Bombenschuttbeseitigung/ Bausenator, Rispott / Norddeutsche Hütte–Klöckner, Bunker Valentin / Marine, Schiffbau / AG Weser, um nur einige zu nennen. Entschädigt worden für ihre Arbeit sind sie nicht.

Seit Anfang der 80er Jahre haben sich Einzelpersönlichkeiten, Institutionen, Organisationen (darunter auch die VVN–BdA) auch in Bremen diesem verdrängten Problemfeld angenommen. Auf einer Pressekonferenz vom 12.3. berichteten Familienangehörige eines ehemaligen Zwangsarbeiters von den Erfahrungen der Sklavenarbeiter unter der faschistischen Herrschaft. Darüberhinaus wurde von der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden (ARI) die Forderung nach Entschädigung und Wiedergutmachung durch die Kirche erhoben, da sie mittelbar auch an der Zwangsarbeit verdient habe.

Wir haben zusammen mit der ARI, der GEW und dem Gustav–Heinemann–Bürgerhaus, weiteren Einzelpersönlichkeiten und Organisationen am 7. Mai eine Diskussionsveranstaltung mit dem Thema: 'Befreit und doch weiter gedemütigt' durchgeführt. Auf der Versammlung wurde der Wunsch nach Fortsetzung der Arbeit erhoben. Die Einlader wurden beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Die Einrichtung eines Dokumentationszentrums ist das einmütige Ziel. In der Bürgerschaft haben die Grünen einen Antrag eingebracht, der fordert, daß ein 'Härtefond für Opfer des Nationalsozialismus' hier in Bremen eingerichtet wird.

Es passiert einiges, aber die Ansprüche der ehemaligen Zwangsarbeiter durchzusetzen, erfordert ein weiteres Interesse und große Unterstützung in breiten Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit.
Susanne/ Gruppe West

Tabelle ③ : Der Ausländeranteil in Bremer Betrieben 1942/43 (Anteil der ausländischen "Zivilarbeiter", "Ostarbeiter" und Kriegsgefangenen an der Gesamtbelegschaft, %)

	1942	1943
Gesamthafenbetrieb	52	68
Norddeutsche Hütte	64 (1941)	
Weser-Flug	31	46 (Motorenwerke Varel=80)
Borgward	35	44 (Zugmaschinenfertigung=65)
Atlas-Werke	13	24
AG "Weser"/Seebeck		19
Focke-Wulf	19	(Werk Posen=80)
Lürssen		18
Bremer Vulkan	7	12

ZWANGSARBEIT IM HAFEN

Hannes ist Kranführer im Hafen, am Schuppen 13. Ein Kerl von einem Mann, sozusagen ein Kleiderschrank, wie man sich so'n Hafenarbeiter vorstellt. Oft wenn ich ihn sehe, (und das ist nicht selten, denn er trinkt sein Schichten bier bei uns) muß ich an meine Freundin Lina denken. Die war nämlich auch mal Kranführerin am Schuppen 13. Aber das ist lange her, heute nehmen sie da, glaube ich, keine Frauen mehr. Aber damals im Krieg, als Frauen zu Hause kriegswichtige Arbeit leisten mußten, weil die Männer an der Front waren und die Rüstungsproduktion gesichert werden mußte. Da 'durften' Frauen dann auch arbeiten, obwohl sie ja eigentlich zu dieser Zeit dazu bestimmt waren, als deutsche Frau eine deutsche Mutter zu werden.

Wer Lina kennt, weiß, daß sie nicht die Ausmaße eines Kleiderschrankes hat, sondern eher klein und zierlich ist. Ich habe mir gedacht, das ist doch eine Art von Zwangsarbeit, die sie da machen mußte und daraufhin habe ich sie nochmal genauer danach gefragt. Bescheiden wie unsere Lina ist, hat sie weniger von ihren Arbeitsbedingungen erzählt, sondern von denen der Jungs. Wir sagen zu unseren Hafenarbeitern auch immer unsere Jungs und ich dachte zuerst, sie meint die Stauer im Hafen. Aber Lina sprach von Kindern, 10– bis 14–jährigen Kindern aus der Sowjetunion. Irgendjemand hat ihr mal gesteckt, daß sie aus ihrer Heimat verschleppt wurden, um hier zu arbeiten.

Gleich am ersten Tag bekam sie etwas von den unmenschlichen Lebensverhältnissen der Kinder zu hören. Als sie sich beim Schuppenvorsteher melden will, kommt ein Arbeiter rein und sagt, daß sie schon wieder eines der Kinder aufgehängt hätten, diesmal weil es beim Zuckeressen erwischt worden sei. Und alle anderen Lütten mußten zusehen. Die Jungs mußten Schiffe be– und entladen, immer ohne Handschuhe, erzählt Lina. Und wenn das 'knubbelige Eisen' (Eisenerzstücke) kam, waren die Hände besonders kaputt und blutig.

Lina kam immer mit dem Fahrrad zur Arbeit und morgens, sagt sie, hätte sie die Kolonne der Kinder, bewacht vom Landsturm, heranmarschieren sehen. Sie müssen aus irgendeinem Lager gekommen sein, aber aus welchem, weiß Lina nicht. Manche Vorarbeiter (von der BLG/ zuständig für die Landseite) hatten keine Sinne mehr, berichtet Lina, die haben nur geschimpft und geschlagen bei den Jungs. Aber andere haben auch geholfen. So haben Lina und andere Kranführerinnen Kartoffeln für die Kinder heiß gemacht auf ihrem Feuer im Kranführerhäuschen.

Das alles muß 1943 – 45 passiert sein, denn als die Bombenangriffe zu doll wurden, ist Lina einfach nicht mehr zur Arbeit gegangen. Was aus den Kindern geworden ist, weiß sie nicht.

Wenn ich meinen Jungs aus dem Hafen davon erzähle, gucken sie mich an und meinen, daß so'ne schwere Arbeit doch kein Kind machen kann, dafür braucht man Mucki's. Aber glauben tun sie mir meistens doch und dann gucken sie mich noch verständnisloser an, zumindest die in meinem Alter, den Älteren ist das Thema vertrauter.

Bald gehen Lina, Uli und ich in den Hafen und gucken uns alles genau an, dann kann man die Punkte mit in die antifaschistische Stadtrundfahrt aufnehmen. Vielleicht haben wir ja mal irgendwann soviel Material, daß wir eine Stadtrundfahrt Hafen machen können, denn der Hafen ist ja eigentlich ein großer Betrieb. Wer mehr weiß, wir sammeln. Susanne/ Gruppe West

DAS NEST SÄUBERN

Mehrere Versammlungen und einige Leserbriefe in der Nordschau der "BN" haben sich mit der Geschichte der B W K in Blumenthal befaßt. Grundlage der Aussprachen war ein noch nicht korrigiertes Manuskript. Noch nicht korrigiert heißt aber nicht, daß die Arbeit des Historikers Volkmar Leohold einer grundsätzlichen Korrektur bedürfe.

Es ging und geht im wesentlichen um 2 Punkte:
Zum einen, V. L. hatte das Manuskript den Frauen und Männern ausgehändigt, damit sie nachprüfen, ob ihre Aussagen und gelieferten Materialien korrekt verarbeitet wurden.
Zum zweiten geht es darum, ob der Protest der CDU und des von ihr mobilisierten Arbeitgeberverbandes gegen das unkorrigierte Manuskript überhaupt eine Grundlage hatte. Dazu könnte man kurz und bündig sagen: Der Protest entbehrt jeder Grundlage, wenn es dabei nicht mal wieder zu sattsam bekannten Sprüchen gekommen wäre.

So hörten z.B. die Teilnehmer der Veranstaltung am 10. April von den Kritike[rn]: Warum läßt man die Vergangenheit über 40 Jahre nach Kriegsende nicht ruhen? Muß denn immer wieder die Zwangsarbeit aufgewärmt werden? "Wir" beschmutzen nur unser Nest! Eure Forschungen schaden "unserem" internationalen Ruf!!!

Soweit es um in das Manuskript hinein interpretierte Auslegungen ging, hat der Autor einfach die entsprechenden Passagen zitiert. Dabei zeigten die Kritiker überhaupt kein Begreifen. Man hatte den Eindruck, die "Kritiker" hörten garnicht hin oder verstehen kein Deutsch. Zu den allgemeinen Sprüchen wurde am 10. April diese Antwort gegeben: Daß wir uns heute noch mit der Vergangenheit befassen müssen, das ist die Geschichte der BRD, indem die Herrschenden Meister der Geschichte sind. Heute verdanken wir die Erforschung der Geschichte unserem ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, dessen Namen dieses Haus trägt. Es war Gustav Heinemann, der die Jugend aufgefordert hat, die Geschichte des F[a]schismus zu erforschen. Und die Juge[nd] hat mit ihrem Schwung eine Bewegung entfacht, die nun auch die Probleme anfaßt. Kräftig unterstützt von der VVN–BdA und anderen antifaschistischen Lehrkräften.

Am 8. Mai war eine Gruppe ehemaliger KZ–Häftlinge aus Frankreich in Bremen, die als Zwangsarbeiter an den Bunkern Valentin und Hornisse schuften mußten. Sie kommen aber nicht allein. Sie bringen ihre Angehörigen, ihre Kinder, Enkel, Nachbarn und Freunde mit. Diese Franzosen kommen schon lange Zeit alle Jahre wieder zur BRD. Sie kommen nicht als Feinde, aber sie übertragen ihre Geschichte, die auch unsere Geschichte ist, auf ihre Nachkommen. Sie vermitteln diese Geschichte, damit sich diese nicht wiederholt, weder bei uns noch anderswo.

Aber unsere Geschichte die müssen wir schon selbst aufarbeiten, wenn wir als Demokraten glaubwürdig werden wollen. Der Antifaschismus ist nach wie vor die einzige Grundlage, mit der wir bei den Völkern in Ost und West Anerkennung finden. Der Handel mit allen Völkern findet schon jetzt statt. Wenn wir aber die Geschichte ehrlich aufarbeiten, wird der Handel auch ehrlich werden. Uns bleibt die Pflicht, zu helfen, daß die Zwangsarbeiter ihre Menschlichkeit, ihre Rechte endlich bekommen.
W. H.

Zusammenfassung ④

Der Ausbau Bremens zu einem der zentralen Standorte der kaiserlichen und vor allem der faschistischen Rüstungsproduktion war keineswegs ausschließliches Resultat einseitiger Weisungen und Anordnungen der staatlichen und militärischen Führungscliquen, unter denen die Betriebe zum willenlosen Vollstrecker obrigkeitsstaatlicher Rüstungspolitik erniedrigt wurden. Festzuhalten bleibt zunächst, daß in weiten Teilen des bremischen Großbürgertums ein hohes Maß an Übereinstimmung mit dem Großmachtstreben und der rüstungsorientierten politischen Generallinie des Kaiserreiches und des NS-Staates bestand. Dabei entsprachen die verschiedenen Spielarten der Hochrüstung in doppelter Hinsicht den Lebensinteressen führender hanseatischer Wirtschaftskreise. Zum einen waren sie willkommen zur militärischen Absicherung und Erweiterung kolonialer Import- und Exportmärkte, zum anderen verhieß die Einbindung in das Rüstungsgeschäft den Betrieben staatlich garantierte Profite in beträchtlicher Höhe, was besonders für die krisengeschüttelte bremische Wirtschaft der Jahre 1930/32 von Bedeutung war.

Eingebettet in dieses Macht- und Profitkalkül hat sich ein großer Teil der bremischen Industrie schon im wilhelminischen Deutschland massiv an der Waffenproduktion beteiligt, diese Tradition in der Weimarer Republik konserviert und im Faschismus aus eigener Initiative mit voller Kraft wieder entfaltet. Die Tatsache, daß viele Großbetriebe erst seit dem Herbst 1939 ausschließlich für die Wehrmacht produzierten, ändert nichts daran, daß die konstruktiven und fabrikatorischen Voraussetzungen dafür bereits seit 1933 von den Unternehmen geschaffen worden waren und zwar vielfach unter Zugrundelegung rüstungs technischer Vorarbeiten der Weimarer Jahre. Auch die Belegung der bremischen Industrie mit Rüstungsaufträgen lief unmittelbar nach der Errichtung der faschistischen Diktatur an. Die Aufnahme der Rüstungsproduktion im großen Maßstab, zu der die Intensivierung der Rüstungsexporte ebenso gehörte, war für die Großbetriebe der entscheidende Hebel zur Überwindung der Krise. Daß sie zugleich der Kriegsvorbereitung diente, bedarf keiner weiteren Betonung.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß viele kleine und mittelständische Betriebe während des Krieges zwangsweise in die faschistische Rüstungswirtschaft einbezogen wurden. Für die meisten großindustriellen Unternehmen gehört jedoch die Behauptung, ohne eigenes Zutun in die Aufrüstung eingeschaltet worden zu sein, zweifelsohne in das Reich derjenigen Rechtfertigungslegenden, die nach 1945 mit dazu beitrugen, die alten Herrschaftskreise innerhalb weniger Jahre wieder salonfähig zu machen. Wie geschmeidig die Wehrwirtschaftsführer durch das weitmaschige Netz der Entnazifizierung schlüpfen und ihr braunes Gewand am Eingang des entstehenden westdeutschen Staates ablegen konnten, zeigte die rasche Entlassung Franz Stapelfeldts aus alliiertem Gewahrsam, die aber nach den beschönigenden Worten eines bremischen Wirtschaftsbiografen ohnehin längst überfällig war: „Obwohl die Beschuldigung, er sei Nutznießer des Nationalsozialismus gewesen, nicht aufrechtzuerhalten war, konnte er erst im Februar 1946 aus dem Internierungslager Westertimke (Kr. Bremervörde) nach Bremen zurückkehren. Hochgeachtet von seinen ehemaligen Mitarbeitern verbrachte er hier seinen Lebensabend." (109)

Für den Werftarbeiter und früheren kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Hermann Prüser hingegen war die schnelle Rehabilitation Stapelfeldts und anderer Wehrwirtschaftsführer Anlaß genug, im März 1947 aus der Entnazifizierungskammer der Bürgerschaft zurückzutreten. Als Begründung für sein Ausscheiden schrieb Prüser, der seit 1935 auf der AG „Weser" gearbeitet und dort den antifaschistischen Widerstand maßgeblich aufgebaut und mitgetragen hatte, an die amerikanische Militärregierung und den Senat: „Stapelfeldt hat der Nazibewegung aktiv Vorschub geleistet, denn er ist der Bauherr des Parteihauses der NSDAP in Gröpelingen. Er ist derjenige, welcher der NSDAP eine Million Mark für den Bau ihrer Ehrenstätte auf dem Bookholzberg überwies. Er war der intimste Freund des verstorbenen Gauleiters von Weser-Ems, Herrn Röver. Die Herren Stapelfeldt und Kabelac waren typische Vertreter der deutschen imperialistischen Politik und begeisterte Anhänger der Hitlerschen Aggression... Die Entscheidungen des Hauptausschusses der Kammer haben in diesen Fällen dem demokratischen Volksempfinden in keiner Weise Rechnung getragen. Mit Recht sagt man im Volksmunde: „Die kleinen Pg's hängt man und die großen Pg's läßt man laufen." (110)

Nachzutragen bleibt, daß der Bremer Senat nur wenige Monate nach der Schließung der AG „Weser", die im Herbst 1983 den politischen und ökonomischen Machenschaften des Krupp-Konzerns und der Bonner Rechtsregierung zum Opfer fiel, eine Straße nach dem früheren Wehrwirtschaftsführer Franz Stapelfeldt benannte, noch dazu unmittelbar vor den Toren der ehemaligen Werft. Wenn es auch in Bremen möglich ist, nachweisliche Förderer der NS-Aufrüstung bedenkenlos zu Widerstandskämpfern zu erklären, so macht dies einmal mehr die Zählebigkeit jener unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus entworfenen Legitimationsgemälde deutlich, deren rasche gesellschaftliche Verankerung es Teilen der alten Rüstungsindustrie umso leichter machte, den Weg in die militärische Fertigung Anfang der fünfziger Jahre erneut zu beschreiten.

FOCKE-WULF FLUGZEUGBAU G.M.B.H. ⑤



BREMEN-FLUGHAFEN

Dr.Wa/Sch/- 543 9.2.1942

Das Asozialenproblem im Betrieb.

Ich beobachte eine Zunahme der minderwertigen und asozialen Elemente in unseren Betriebe von bedrohlichem Ausmaße. Da zur Zeit eine gewisse Krisenstimmung herrscht, in unserem Gebiet gefördert durch umfangreiche harte Evakuierungsmaßnahmen infolge der Luftlage (Bremen), brechen alle die bisher durch die stramme Disziplin unseres Staates niedergehaltenen gemeinschaftswidrigen Triebe wieder hervor.

Wirklich gefährlich ist dieser durch die bolschewistischen Charaktere hervorgerufene steigende Defaitismus infolge des b e d r o h l i c h e n Absinkens der Leistung und damit der Schwächung der Rüstung.

Daß Asozialenproblem tritt in den Betrieben in den folgenden Formen in Erscheinung:

a. "Sozialduselei": In Deutschland wagt aus lauter "Sozialduselei" kein Vorgesetzter mehr seinem Untergebenen etwas zu sagen. Der dem Deutschen eigene, seit Bismarck sprichwörtliche Mangel an Zivilcourage beherrscht Vorgesetzte und Behörden in einem größeren Ausmaße als jemals zuvor. Wie eine Oase wirkt da die stramme Disziplin der Wehrmacht. Ich vermag nicht einzusehen, warum nicht zu ähnlichen Methoden auch in der Zivilbevölkerung gegriffen wird. Ich nehme dabei die Frauen nicht aus, unter denen eine gewisse Gruppe im Betriebe den Männern buchstäblich auf der Nase herumtanzt. (Musterbeispiel: Hausgehilfinnen) !

b. Das eigentliche Asozialenproblem: Unsere Rassenhygieniker, unter ihnen als der vorsichtigste Prof. Lenz in Berlin, schätzen die Zahl der Asozialen auf mindestens 10%. Diese Zahl will in unserem Volksleben, besonders im Hinblick auf die kommende große Sozialplanung, als lebenswichtig beachtet werden.

Wir h e u t e im Rüstungsbetrieb sind von dieser Asozialenplage in einem Ausmaße belastet, daß Menschenführung und Produktion heftig Not leiden.

Entweder es gelingt uns, den mit wissenschaftlich exakten Methoden erkennbaren Asozialen auszuscheiden, dann läßt sich mit dem verbleibenden körperlich und sittlich gesunden Menschenmaterial ein deutscher Sozialstaat nach nationalsozialistischen Idealen bauen und innerhalb dieses Staatsgebildes dann auch ein Betrieb sozialistisch d.h. nach den Idealen unserer rassisch-völkischen Gemeinschaft führen.

Gelingt das nicht, so ist ein Gemeinschaftsstaat und innerhalb dieses Gemeinschaftsstaates ein sozial geleiteter Betrieb ein Unding.

In der Kriegszeit wie heute spitzen sich diese Dinge zu. Die Häufung von Asozialen im Betrieb, bedingt durch Menschenmangel und die mit ihm verzahnte Arbeitsmarktlage, ist zweifellos ein Problem, d e m m i t e r z i e h e r i s c h e n M e t h o d e n n i c h t b e i z u k o m m e n i s t , s o n d e r n w o a u s s c h l i e ß l i c h e i n e d r a k o n i s c h e A u s m e r z e , i m E i n z e l f a l l d i e p h y s i s c h e V e r n i c h t u n g a l l e i n k a u s a l e H i l f e b r i n g t .

Ich fordere daher zur Stützung der Heimatfront ein Gesetz, nachdem der Arbeitssaboteur genau so wie der Autostraßenfallensteller oder der Saboteur der Woll- und Pelzsachensammlung behandelt wird. Im Hinblick auf die Leistung des deutschen Soldaten, hier besonders an der Ostfront, kann die Schärfe dieses Gesetzes gar nicht scharf genug sein.

Die Forderung des Führers: "Schafft Waffen und Munition" ist die sittliche Basis dieses Gesetzes.

Ohne die sofortige durchschlagende Erstellung dieses Gesetzes werden wir eines Tages eine in ihrer Endbedeutung tötliche Unterlassungssünde uns vorzuwerfen haben.

(Dr. Warning)

Brief des Werksarztes der Focke-Wulf GmbH, Dr. Herbert Warning, an den Senator für die Innere Verwaltung, 1942

Tabelle ③ : Ausländische Arbeitskräfte und KZ-Häftlinge in der Bremer Wirtschaft 1941-1944

	Ausländische "Zivilarbeiter"	"Ostarbeiter"	Kriegs-gefangene	KZ-Häftlinge (Neuengamme)	Insgesamt	in % aller Beschäftigten
5/ 1941	21760		6113*	-	ca. 27873	ca. 13
9/ 1941	25826	-	6364**	-	ca. 32190	ca. 15
8/ 1942	32115	8608	8341	-	49064	19
11/ 1943	26100	12941	6882	ca. 3000***	ca. 48923	ca. 24
2/ 1944	25037	12582	8257	(ca. 3000)	ca. 48876	ca. 25
3/ 1944	25117	13769	(8257)	ca. 7200****	ca. 54343	ca. 27

*4/ 1941 **6/ 1941 ***1943 ****9/ 1944

④ Arbeitsgruppe Abrüstung Uni Bremen, Der Kaiser ging, der Führer ging - die Waffenschmieden blieben, Bremen 1984

⑤ Inge Marßolek/ René Ott, Bremen im Dritten Reich, Bremen 1986

③ Dieter Pfliegensdörfer, Krise, Rüstungskonjunktur, Kriegswirtschaft. Dissertation Bremen 1986

② C.U. Schminck-Gustavus, BREMEN - KAPUTT, Bremen 1983

① Dokumentation zur Ausstellung, bearb.: W.Hundertmark, M.Krüger, J.Pfarr, H.Reichel, Antifaschistischer Widerstand 1933 - 1945 in Bremen, Bremen 1974

ANTIFASCHISTISCHES WORKCAMP IN MARZABOTTO / ITALIEN VOM 5. – 20.7.1986

Seit über 6 Jahren gibt es im Gustav–Heinemann–Bürgerhaus in Bremen–Vegesack einen antifaschistischen Arbeitskreis, in dem Menschen verschiedener politischer und weltanschaulicher Ansichten zusammen diskutieren und gemeinsam gegen alten und neuen Faschismus aktiv sind. Die VVN/BdA hat in diesem Arbeitskreis als Verfolgtenorganisation hohes Ansehen und als antifaschistische Kraft eine wichtige Rolle. Durch gute und kontinuierliche Arbeit besonders auf dem Gebiet der Geschichtsaufarbeitung und –verbreitung wurden in den letzten Jahren viele auch internationale Kontakte geknüpft und die Aktivitäten konnten erweitert werden. So führte die Gruppe 1985 einen viertägigen Gedenkmarsch von Bremen–Farge nach Sandbostel durch, der an die Leiden der KZ–Häftlinge vor 40 Jahren erinnerte und Kräfte für eine Zukunft ohne Krieg und Faschismus geweckt hat.

Im Frühjahr 1985 hatten einige Arbeitskreisteilnehmer die Gelegenheit, während einer antifaschistischen Stadtrundfahrt den damaligen Bürgermeister von Marzabotto (Italien), Dante Cruicchi zu begrüssen, der sich mit einer Delegation in Bremen aufhielt. Marzabotto ist eine kleine Gemeinde in der Nähe von Bologna, die 1944 von den Faschisten fast vollständig zerstört wurde. Von den ca. 5000 Einwohnern Marzabottos und der näheren Umgebung wurden 1.830 Menschen, vor allem Alte, Frauen und Kinder ermordet. Verantwortlich für diese Greueltaten war die 16. SS–Division unter SS–Sturmbannführer Walter Reder.

Schon bei der ersten Begegnung zeigte Herr Dante Cruicchi, selbst ehemaliger Häftling des KZ–Buchenwald, großes Interesse an Fragen des Antifaschismus und der internationalen Friedenspolitik. Dadurch ermutigt entstanden die ersten Überlegungen, Kontakt zu dieser Gemeinde aufzubauen. Zur Freude des Arbeitskreises wurde das Interesse von italienischer Seite erwidert.

Nun konnte die Planung eines antifaschistischen Workcamps beginnen. Von Anfang an war klar, daß neben den offiziellen Kontakten die Begegnung von Familien im Mittelpunkt stehen sollte, Daß dieses Konzept richtig war, bewies das große Interesse von allen Seiten bei der Vorbereitung und der gesamte Aufenthalt in Marzabotto. Die Teilnehmergrenze war bei 50 Personen festgesetzt und 50 Menschen im Alter von 2 – 50 Jahren nahmen das Angebot wahr. Bereits im Vorfeld wurden die Jugendlichen und Erwachsenen über den Charakter dieses Workcamps und über die Geschichte Marzabottas an mehreren Informationsabenden aufgeklärt. Ein Großteil der Teilnehmer versuchte auch vorher, etwas Italienisch zu lernen, was zum Teil über eine der beiden wunderbaren Dolmetscherinnen, die sehr zum Gelingen des Workcamps beigetragen haben, geschah.

Das endgültige Zustandekommen der Fahrt ist vielen Personen und Organisationen zu verdanken. An erster Stelle müssen hier aber wohl die Gemeinde Marzabotto, der SCI–Bonn (Service Civil International) und der Bremer Senat mit Dr. Henning Scherf sowie der ehemalige Bürgermeister Hans Koschnick erwähnt werden, die das Projekt finanziell oder ideel unterstützt haben.

Die Fahrt und der Aufenthalt in Marzabotto waren bestens organisiert. Als Unterkunft diente eine Schule, deren gesamte Räumlichkeiten genutzt werden konnten. Zur Eigenbeköstigung standen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, sodaß der jeweilige Kochdienst nach Belieben die Malzeiten für die Gruppe zusammenstellen konnte, was bei 50 Personen nicht immer leicht war. Eine weitere täglich wechselnde Gruppe hatte für die Reinigung der Gemeinschaftsräume zu sorgen.

Die von der Gemeinde vorgeschlagenen Arbeitsgruppen konnten alle belegt und die Arbeiten zur vollen Zufriedenheit erledigt werden. Es gab eine Gruppe, die die Gedenkstätten für die Opfer der faschistischen Überfälle reinigte, andere arbeiteten im Straßenbau oder strichen im Rathaus Decken und Wände. Eine weitere Gruppe kümmerte sich um die Dokumentation des Workcamps mittels Video und Fotos. Für die Betreuung der kleinen Kinder stellten sich auch einige Teilnehmer zur Verfügung.

Dieser organisatorische Rahmen war eine gute Voraussetzung, Kontakt zu der Gemeinde, zu den Familien zu bekommen und Freundschaften zu schließen. Gleich am Tag nach der Ankunft wurde die gesamte Gruppe im Rathaus vom Bürgermeister der Gemeinde Marzabotto, Romano Franchi und dem Presidente dal Comitato Regionale, Dante Cruicchi, herzlich empfangen. Daß die Worte zum Antifaschismus und zur Völkerverständigung, wie sie hier und später auch beim Empfang durch die Partisanenorganisationen ausgesprochen wurden, gelebte Wirklichkeit in Marzabotto sind, wurde den Teilnehmern während ihres Aufenthaltes sehr deutlich.

Der bewußte Umgang mit der eigenen Geschichte spiegelt sich wieder z.B. in der Benennung von Straßen und Plätzen nach ehemaligen Partisanen oder nach Orten, in denen Faschisten ähnliche Greueltaten wie in Marzabotto begangen haben (Lidice–Straße) oder sogar nach deutschen Antifaschisten (Geschw.–Scholl–Platz). Eine große Gedenkstätte im Ort und das Rathaus selbst mit seinen Gemälden und Plastiken sind ständige Zeugen der eigenen grausamen Geschichte. Muß es da nicht Mut machen, daß gerade Marzabotta in einem großen Ausmaß internationale Kontakte durch Workcamps und and[illegible] Begegnungen sucht und es ein Ziel dies[illegible] Ortes ist, ein internationales Friedenszentrum zu errichten? Auch die internationale Solidarität ist ein fester Bestandteil der Gemeinde Marzabotto. Die Gruppe aus Bremen–Nord hatte durch den Verkauf von selbstgemachten Buttons die Gelegenheit, die Solidarität mit dem Volk von Chile und Nicaragua zu unterstützen. Eine von den Teilnehmern des Workcamps verfaßte Presseerklärung gegen ein bevorstehendes Treffen der 16. SS–Einheit und für ein Verbot aller alten und neuen faschistischen Organisationen wurde von dem Bürgermeister übernommen und als mitverantwortlich unterzeichnet.

Die Gastfreundschaft und herzliche Aufnahme seitens der Bevölkerung machte den Aufenthalt für alle Teilnehmer zu einem großen Erlebnis. Mit viel Motivation wird jetzt begonnen, den Besuch von italienischen Freunden im nächsten Jahr in Bremen vorzubereiten. Es besteht die Hoffnung, daß sich hier im antifaschist[illegible] schen Sinne ein Stück Völkerfreundschaft entwickelt.

Renate Sonnenberg

EINE FAHRT ZU DEN MORD–STÄTTEN MIT DEM EHEMALIGEN PARTISANEN MARIO AM 16. JULI 1986

Mario war im September 1944 25 Jahre alt und kämpfte bei den Partisanen, er führte uns zu den Stätten des Grauens und berichtete uns von den Verbrechen der SS–Einheit.

Mario befand sich mit 9 Partisanen in den Bergen, sie bekamen eine Übernachtungsmöglichkeit von einer Bewohnerin in Cardi di Salvaro angeboten im September 1944. Mario und seine Kameraden hatten nur zwei Betten zum Schlafen, waren aber froh, kurz einmal auszuruhen. Am Morgen wurden sie mit der Nachricht geweckt, daß eine deutsche SS–Einheit das ganze Haus umstellt hat. Alle Kinder, Frauen und Männer mußten vor dem Haus antreten, sie wurden in eine offene am Haus befindliche Scheune getrieben. Die SS–Einheit eröffnete wahllos das Feuer auf die wehrlosen Menschen, gleichzeitig wurden Haus und Scheune in Brand gesteckt. Die Scheune stürzte zusammen und begrub die Menschen unter sich. Mario und ein weiterer Kamerad konnten sich bei dem Durcheinander retten, alle anderen Menschen sind ermordet worden.

1944 bestand die Gemeinde Marzabotto aus vielen kleinen Ansiedlungen in den Bergen. Hauptsächlich Kleinbauern, die lange Wege zu den Nachbarn hatten. Viele Bewohner aus den Städten (z.B. Bologna) sind zu den Bergbewohnern geflüchtet, weil die Städte bombadiert wurden.

Im September 1944 befand sich die 16. SS–Einheit auf dem Rückzug vor den alliierten Truppen in Richtung Norden. Die SS–Einheit stand unter dem Kommando von Walter Reder. In der Region Marzabotto kämpften Partisaneneinheiten ge-

gen die Faschisten. Deshalb überfiel die SS–Einheit an einem regnerischen und nebeligen Tag die Region Marzabotto. Italienische Faschisten führten die Mörder zu den wehrlosen Menschen.

Die Partisanen waren nur schlecht ausgerüstet mit Waffen und Munition, sie konnten immer nur kurze Angriffe auf die Bahnlinie machen. Manchmal erbeuteten die Partisanen Waffen oder Lebensmittel, eine ganze SS–Einheit aufzuhalten, war unmöglich. Ohnmächtig mußten die Partisanen das Morden geschehen lassen. In Casaglia sind 200 Menschen in die Kirche geflüchtet. Eine behinderte alte Frau im Rollstuhl wurde sofort erschossen. Alle anderen Menschen sind aus der Kirche zum Friedhof getrieben und dann von der SS erschossen worden. Keiner hat überlebt! 28 Familien sind dabei völlig ausgerottet worden (darunter Familien mit 7 Angehörigen).

Insgesamt wurden in der Region Marzabotto 1.830 Menschen von der SS ermordet. Das jüngste Kind war 14 Tage alt und sogar ein 85–jähriger mußte sterben.

Der 17–jährigen Tochter von Mario Zebri, die schwanger war, haben die SS–Leute mit einem Bajonett in den Rücken gestoßen, den Leib aufgeschlitzt und den Embryo aufgespießt.

Heute, über 40 Jahre später, wollen sich, wie fast in jedem Jahr — hier in unserem Lande — die Mörder von damals treffen, diesmal in Mechtersheim (Rheinland–Pfalz) am 6. und 7. September. Unter anderem soll auch der Hauptverantwortliche der Verbrechen in Marzabotto, Walter Reder, seinen Auftritt haben. Dann wird von alten Zeiten geschwärmt und behauptet, es gab nur ganz wenige Opfer unter der Zivilbevölkerung, es wären damals nur militärische Aktionen gewesen.
Frech und dreist lügen die Mörder von damals.

Darum nochmals und immer wieder unsere Forderung:
— Verbot aller Nachfolgeorganisationen der Faschisten und SS–Treffen!
— Handhabe für das Verbot ist im Grundgesetz Artikel 139 festgeschrieben !!!

NIE WIEDER FASCHISMUS !

NIE WIEDER KRIEG !

Karin Weigang

40 Jahre VVN–Dokumente, Fotos, Plakate gesucht

Im Hinblick auf den 40. Jahrestag der Gründung unserer Organisation besteht die Absicht, eine Bild-Text-Publikation herauszubringen. Adressaten sollen in erster Linie junge Menschen sein, die in den letzten Jahren Mitglied der VVN–BdA geworden sind. Junge Menschen, die wir als Mitglieder künftig gewinnen wollen, aber auch Bündnispartner im Friedenskampf und gegen Neofaschismus. Geschichte der VVN soll nicht „für sich", sondern vor dem Hintergrund der Nachkriegsentwicklung, der Bemühungen um Aufbau, um Friedenssicherung, um antifaschistisch-demokratische Grundlagen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in diesen vier Jahrzehnten dargestellt werden. Zugleich soll sich – bei seitenmäßig begrenztem Umfang – die ganze politische und auch regionale Vielfalt in der Publikation wiederfinden.

Wir bitten deshalb um Mithilfe, um zeitweilige Überlassung von Flugblättern, Fotos, Plakaten, interessanten Zeitungsausschnitten, Schriftstücken. Zugesagt wird pflegliche Behandlung der Dokumente und schnelle Rückgabe. Gebt eure Beiträge bitte an die Landessekretäre oder direkt an das Präsidium, Stichwort: „40 Jahre VVN"!



Deutsche Volkszeitung / die tat

lädt ein zu einem Gesprächsabend:

'Sicherheitsgesetze' wie weiter?

zur Einleitung spricht:
William Borm
am 26.9.1986
um 20⁰⁰ Uhr
im Kulturzentrum Schlachthof

WER SIND DIE REPUBLIKANER ?

Im November 1983 gründeten die gerade aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneteten Handlos und Voigt, so wie der ehemalige SS–Mann Schönhuber in München die Republikaner. Voigt war seit 1979 Leiter des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Handlos wurde später wegen rechtsextremer Tendenzen von den Republikanern ausgeschlossen.

Im März 1985 hatten die Republikaner 3.500 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet, davon 2.300 in Bayern. Im März 1985 traten in Bremerhaven die Bürgerschaftsabgeordneten Oeing und Polley sowie sieben Stadtverordnete (ein Drittel) der CDU–Fraktion zu den Republikanern über. Seitdem sind sie fast täglich mit Presseerklärungen in der "Nordsee–Zeitung" präsent. Politisch sind die Reps zwischen CDU und NPD anzusiedeln. Laut ihrem Bundesvorsitzenden Schönhuber verstehen sich die Republikaner als "Speerspitze der neuen deutschen Rechten". Verbal grenzen sie sich von der NPD ab, inhaltlich gibt es Gemeinsamkeiten mit neofaschistischen Positionen. Deshalb wohl wird die Pressearbeit auf Bundesebene von Harald Neubauer, einem ehemaligen NPD–Mitglied und Redakteur der "National–Zeitung" organisiert. Auf dem bayrischen Landesparteitag der Reps im September 1984 nahm Ludek Pachmann, Vorsitzender der Konservativen Aktion, als Ehrengast teil.

In trauter Gemeinsamkeit mit Neofaschisten fordern die Republikaner die Generalamnestie für Kriegsverbrecher, ebenso wie ihr Bundesvorsitzender Schönhuber meinte, in der Ausländerpolitik gelte es, "die völkische Substanz" und "die biologische Situation unseres Volkes zu retten". Gemeinsam mit den "Patrioten für Deutschland" fordern sie das Verbot der Grünen. Im Gegensatz zu ihrem völkisch-militärischen Programm geben sich die Republikaner in Bremerhaven als brave Biedermänner, als konstruktive reaktionäre Opposition. Als Stadtverordnetenfraktion setzen sie sich für ein Beschäftigungsprogramm auf ABM–Basis ein (Bremerhaven hat 17% Arbeitslose). Anläßlich Sail '86 forderten sie, mit Erfolg, die Verlängerung der Ladenschlußzeiten auf Kosten der Beschäftigten.

Wenn es nach den Reps ginge, würden große Abteilungen des Öffentlichen Dienstes in Bremerhaven privatisiert wie z.B.: das Zentralkrankenhaus Reinkenheide, der Sozialpflegedienst, das Stadtreinigungsamt und die Stadtentwässerung. Als im März 1986 achttausend Gewerkschafter für den Erhalt des Streikrechts auf die Straße gingen (aufgerufen vom DGB), forderten die Republikaner, man solle den ÖTV–Kollegen von der Müllabfuhr, die mit ihren Dienst–LKW's an der Demonstration teilgenommen hatten, die Benzinkosten vom Lohn abziehen.
— Vor dem Messegelände des "Sudetendeutschen Tages" 1984 in München wurde von den Republikanern ein Flugblatt verteilt, in dem stand: "Für uns Republikaner sind und bleiben Kommunisten die Totengräber der individuellen und völkischen Freiheit".

Wie friedensfähig sind die Reps?
In ihrem Programm von 1983 sprechen sie sich für Gespräche und vertragliche Vereinbarungen mit dem Osten, insbesondere über die Abrüstung aus. "Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, die zu einer allgemeinen, kontrollierten militärischen Abrüstung in der Welt führen." Im Gegensatz zu dieser allgemeinen Absichtserklärung steht das konkrete Verhalten. Der Abgeordnete Polley (Rep.) hat die Entschließung der Bürgerschaft vom 10.12.85 für eine Sicherheitspartnerschaft und gegen SDI abgelehnt. In dieser Ablehnung kommt die wirkliche Grundhaltung der Reps zum Ausdruck. Sie stellen die Grenzen zur DDR und Polen in Frage. Die friedliche Koexistenz ist für sie ein bolschewistischer Propagandatrick und die Entspannungspolitik war in ihren Augen ein Irrtum.

Ebenso wie die 'Konservative Aktion' und 'Patrioten für Deutschland' ist es die Funktion der 'Republikaner', Rechtsverstärker und Hilfstruppe für die Stahlhelmfraktion der CDU zu sein. Mit der Verbreitung völkischen und nationalistischen Gedankenguts helfen sie außerdem, die Akzeptanz neofaschistischer Ideologie zu erleichtern.

Peter Müller

Wir gratulieren den Kameradinnen und Kameraden herzlich zum Geburtstag:

05.09.	Wilhelm Terasa	84 Jahre
09.09.	Anita Böhme	76 Jahre
18.09.	Anni Pfarr	77 Jahre
18.09.	Karl Wölz	66 Jahre
21.09.	Liesbeth Jessat	84 Jahre
22.09.	Auguste Muck	80 Jahre
22.09.	Liesbeth des Vries	73 Jahre

SPANIEN "36 – 39"
Kulturveranstaltung der VVN–BdA

Sogar "Weser–Kurier" und "Bremer Nachrichten' kommen nicht an diesem Termin vorbei und informieren ihre Leser über die damaligen Geschehnisse: 18. Juli "36" putschen die faschistischen Generäle unter Franco gegen die rechtmäßige spanische Volksfront–Regierung.

Zu Unrecht wird dabei vom Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges gesprochen. Franco konnte seinen Putsch nur durchführen (und letztendlich gewinnen) durch die massive Unterstützung von Hitler, Mussolini und Portugals Salazar. Zuletzt standen 350 000 italienische und deutsche Truppen auf der Seite des Franco–Heeres. Demgegenüber standen nur ca. 50 000 Interbrigadisten auf der Seite der Republik. Diese bereits damals legendären Internationalen Brigaden vereinigten Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten aus der ganzen Welt zu einer antifaschistischen Kampftruppe. Allein schon 5 000 aus Deutschland Ausgebürgerte, Vertriebene oder geflüchtete Antifaschisten kämpften in ihren Reihen. Darunter u.a. auch Heini Schramm und Adolf Pöffel aus Bremen.

Für die spanische Republik hatten sie sicherlich trotz hoher Kampfmoral zahlenmäßig keine große Bedeutung. Umso höher war ihr moralischer und politischer Wert. Für die Interbrigadisten ging es nicht nur um die Verteidigung der spanischen Republik: sie wollten versuchen, die aggressivsten imperialistischen Kräfte, das faschistische Deutschland und Italien an einem Weltkrieg zu hindern. In diesem Sinne sind die Interbrigaden und das heldenhafte spanische Volk, das auf der Seite der Republik kämpfte, auch heute noch ein wertvolles Beispiel für internationale Solidarität.

Letzteres wollen wir während einer Kulturveranstaltung am 24.10.86 um 20 Uhr zum Ausdruck bringen. (Der Raum wird noch bekanntgegeben).

Neben Künstlern und Chören wird u.a. auch unser Kamerad Ernst Buschmann, letzter Kommandeur des II. Battailons "Edgar Andre" sprechen. Wir bitten Euch jetzt schon, diesen Termin zu notieren und viele Freunde und Bekannte mitzubringen.

J. G.

GEMEINSAME SICHERHEIT STATT KONFRONTATION
DIE NEUEN CHANCEN NUTZEN

Krefelder Forum am 27.9.86 in Bremen

9.30	Eröffnungsplenum
12.oo - 13.oo h	Mittagspause
13.oo - 15.3o h	Arbeitsgruppen
	AG 1: Stopp des Wettrüstens und Abrüstung - unabdingbare Voraussetzung zur Lösung aller globalen Probleme.
	AG 2: Rüstung, Krise, Sozialabbau - die Folgen von Rüstung und Konfrontation für das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik.
	AG 3: Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens - Gefährdung für eine demokratische Entwicklung.
	AG 4: Der Militär-Industrie-Komplex und die Militarisierung der Außenpolitik
	AG 5: Verträge der 70er Jahre und KSZE - genutzte und ungenutzte Möglichkeiten
	AG 6: Gemeinsame Sicherheit, Sicherheitspartnerschaft, friedliche Koexistenz - Gemeinsamkeiten und Unterschiede
	AG 7: Gesprächskreis zu SDI Atomteststopp und chemischen Waffen
	AG 8: Gesprächskreis zu SALT II und ABM-Vertrag
15.45 - 17.oo h	Abschlußplenum

Der Tagungsbeitrag schließt die Kongreßunterlagen und das Mittagessen im Parkhotel ein. Er beträgt 15.-- DM/für Schüler, Studenten, Arbeitslose 8.-- DM.

Impressum: Krefelder Initiative, Amsterdamer Str. 64, 5ooo Köln 60, 0221/764094

HAUS LIDICE MUSS BLEIBEN :

Im Rahmen seiner Kooperation mit der Lidice–Initiative hat das Jugendamt Bremen vom 16. – 30. August 1986 in der Jugendbildungsstätte Lidice–Haus ein internationales Workcamp durchgeführt.

Am Camp, das bereits zum 4. Mal stattfand, nahmen 40 Jugendliche aus Ungarn und der CSSR teil. Sie erwidern damit den Besuch von Jugendlichen aus Bremen, die in den Sommerferien '86 am Workcamp in Lidice und Budapest teilgenommen haben. Die Teilnehmer des Bremer Workcamps haben mitgeholfen bei der Gestaltung der Kinder– und Jugendfarm in Habenhausen. Daneben standen im Programm u.a.: Begegnungen mit Bremer Jugendlichen und Studenten, Betriebsbesichtigungen bei Daimler Benz, antifaschistische Stadtrundfahrten, Besuch des Hamburger Frauenfestivals und der Schule am Bullenhuser Damm, eine Nebenlager von KZ-Neuengamme.

Die Veranstalter haben mit diesem Workcamp die vielseitigen Kontakte, insbesondere zu Lidice, weiter vertieft und damit einen Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung geleistet.

Die VVN–BdA ist der Meinung, daß mit der Durchführung dieses Workcamps nochmals die Notwendigkeit des Fortbestehens der Jugendbildungsstätte Lidice–Haus unterstrichen worden ist. Bremen kann auf eine Stätte für internationale und antifaschistische Jugendarbeit nicht verzichten.

TERMINE:

BREMERHAVEN
23.9., 20.00 Uhr Mitgliederversammlung, Gemeindesaal der evang. ref. Kirche, Wielandstr. 5

BREMEN–NORD:
10.9., 20.00 Uhr Mitgliederversammlung, Bürgerhaus Gustav Heinemann

BREMEN / GRUPPE OST:
24.9., 19.30 Uhr Mitgliederversammlung Weserterassen

Spanien '36-39'

BREMEN / GRUPPE WEST
22.9., 20.00 Uhr "Zwangsarbeit"
Allgemeine Einleitung und Gespräch mit unseren Kamerad(inn)en, die Zwangsarbeit leisten mußten.
Bgm.–Deichmann–Str. 26

17.9., 20 Uhr
"Asyl – Ein Grundrecht in Gefahr oder die Grenze des Zumutbaren ist erreicht?"
Bgm.–Deichmann–Str. 26

11.9., 17 Uhr Treffpunkt Marktplatz
"Demokratie jetzt" Solidaritätsdemo und Kundgebung mit den chilenischen Freunden.

HALLO !

Jeden Donnerstag von 15 – 18.30 Uhr ist im Büro, Bgm.–Deichmann–Straße 26 Sprechstunde in Kassenfragen. Da können die Kreis– und Gruppenkassierer abrechnen, denn das III. Quartal ist fällig. Außerdem sind die Kameradinnen und Kameraden willkommen, die im Büro ihre Beiträge entrichten.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
der L.V.